

---

Motion Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend S-Bahnhaltestelle Tägerhard

---

Der Gemeinderat wird ersucht, alle nötigen Schritte rechtzeitig einzuleiten, damit der S-Bahnhaltestelle im Tägerhard sowohl auf kantonaler Ebene wie auch im Entwicklungsprogramm der SBB die nötige Priorisierung zukommt und diese zeitnah umgesetzt werden kann.

Schon gemäss der Machbarkeitsstudie Tägerhard (2007) soll die S-Bahnhaltestelle im Bereich Tägerhard so vorgesehen werden, dass von dieser sowohl das Tägerhard als auch das Bauentwicklungsgebiet Wettingen Ost direkt erreichbar ist.

In dem nun vom Grossen Rat verabschiedeten neuen kantonalen Richtplan, dem regionalen Entwicklungskonzept Baden Regio sowie im Agglomerationsprogramm Aargau-Ost ist in Wettingen eine neue Haltestelle der S-Bahnlinie 6 eingetragen.

Das Sport- und Erholungszentrum Tägi frequentieren jährlich rund 400'000 Besucher. Das Tägi ist von kantonaler und regionaler Bedeutung. Es ist eines der bedeutendsten Messezentren im Kanton Aargau und im Limmattal. Alleine die Baumesse, die Herbstmesse und die kantonale Berufsschau, sowie die unzähligen Sportveranstaltungen und Gesellschaftsanlässe von nationaler und kantonaler Bedeutung bringen das Tägi an die Grenze der Erschliessung. Die ÖV-Erschliessung ist suboptimal, eine S-Bahnhaltestelle, wie sie auch für einen Golf-Platz in Otelfingen errichtet werden konnte, ist mehr als notwendig.

Sie wird ferner zum Umsteigeknoten auf die Buslinien Richtung Wettingen Zentrum und ist in den regionalen und kantonalen Plänen als Umsteigeknoten im Kontext mit der allfälligen Weiterführung der Limmattalbahn vorgesehen.

Der kantonale Richtplan sieht in diesem Gebiet einen Entwicklungsschwerpunkt Wohnen vor. Die S-Bahnhaltestelle dient der Erschliessung dieser möglichen Siedlungsgebiete in Wettingen Ost, der Arbeitsplätze und des aufgewerteten Naherholungsgebietes in der Landschaftsspanne Rüsler-Sulperg.

Die Machbarkeit eines Neubaus Bahnhaltestelle Wettingen Tägerhard ist bereits von der HSR Rapperswil 2012 nachgewiesen worden.

Der Gemeinderat soll nun die Umsetzung an die Hand nehmen.